



Bezirksregierung Düsseldorf

Wirksam für unsere Region.



Eine Behörde stellt sich vor



Liebe Leserinnen und Leser,

was haben die Verteilung von Lehrkräften auf unsere Schulen, die Genehmigung eines Infrastrukturprojekts, der Arbeitsschutz auf einer Baustelle, die Umgestaltung einer Innenstadt und der Umgang mit Hochwasser gemeinsam? Hinter all diesen Themen stehen Aufgaben, die die Bezirksregierung Düsseldorf jeden Tag übernimmt.

Gerade in einer Zeit, in der gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen zunehmen, ist eine verlässliche und handlungsfähige Verwaltung wichtiger denn je. Rund 2.400 Mitarbeitende setzen sich tagtäglich dafür ein, dass sich unser Regierungsbezirk sicher, leistungsfähig und zukunftsorientiert weiterentwickeln kann. Vieles geschieht dabei im Hintergrund. Seine Wirkung zeigt sich jedoch unmittelbar im Alltag der Menschen: in funktionierenden Schulen, sicheren Infrastrukturen, geschützten Lebensräumen und einer starken Wirtschaft.

Als Landesmittelbehörde verbinden wir die Landesregierung mit den Städten, Kreisen und Gemeinden unserer Region. Wir bündeln unterschiedliche Zuständigkeiten unter einem Dach und koordinieren, prüfen, beraten und gestalten gemeinsam mit vielen regionalen Akteuren Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen. Dabei übernehmen wir Verantwortung in ganz unterschiedlichen Bereichen, in denen verschiedene Interessen zusammengeführt und verlässliche Entscheidungen getroffen werden. Hinter jeder unserer Aufgaben stehen engagierte Menschen mit unterschiedlichsten Fachkenntnissen und Erfahrungen. Sie sorgen dafür, dass Gesetze umgesetzt, Projekte begleitet, Fördermittel sinnvoll eingesetzt und Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden – und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Menschen in unserer Region.

Diese Broschüre lädt Sie ein, einen Blick hinter die Kulissen einer Behörde zu werfen, deren Arbeit in vielen Bereichen des täglichen Lebens wirkt. Lernen Sie die vielfältigen Aufgaben, Projekte und Menschen kennen, die unseren Regierungsbezirk Tag für Tag mitgestalten.

Ich wünsche Ihnen spannende Einblicke in die Arbeit der Bezirksregierung Düsseldorf.

Thomas Schürmann
Regierungspräsident Düsseldorf

September 2026 – 1. Auflage
800 Exemplare

Herausgeberin
Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Konzeption und Umsetzung
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Chefredaktion
Vanessa Nolte – Pressesprecherin

Texte
Caroline Blazy

Editorial und Layout
Maja Hoffmann

Fotos
Maike Grabow, Jan Ewersmeyer
externe Aufnahmen, siehe Copyright-Vermerke

Druck und Bindung
Christian Casimir

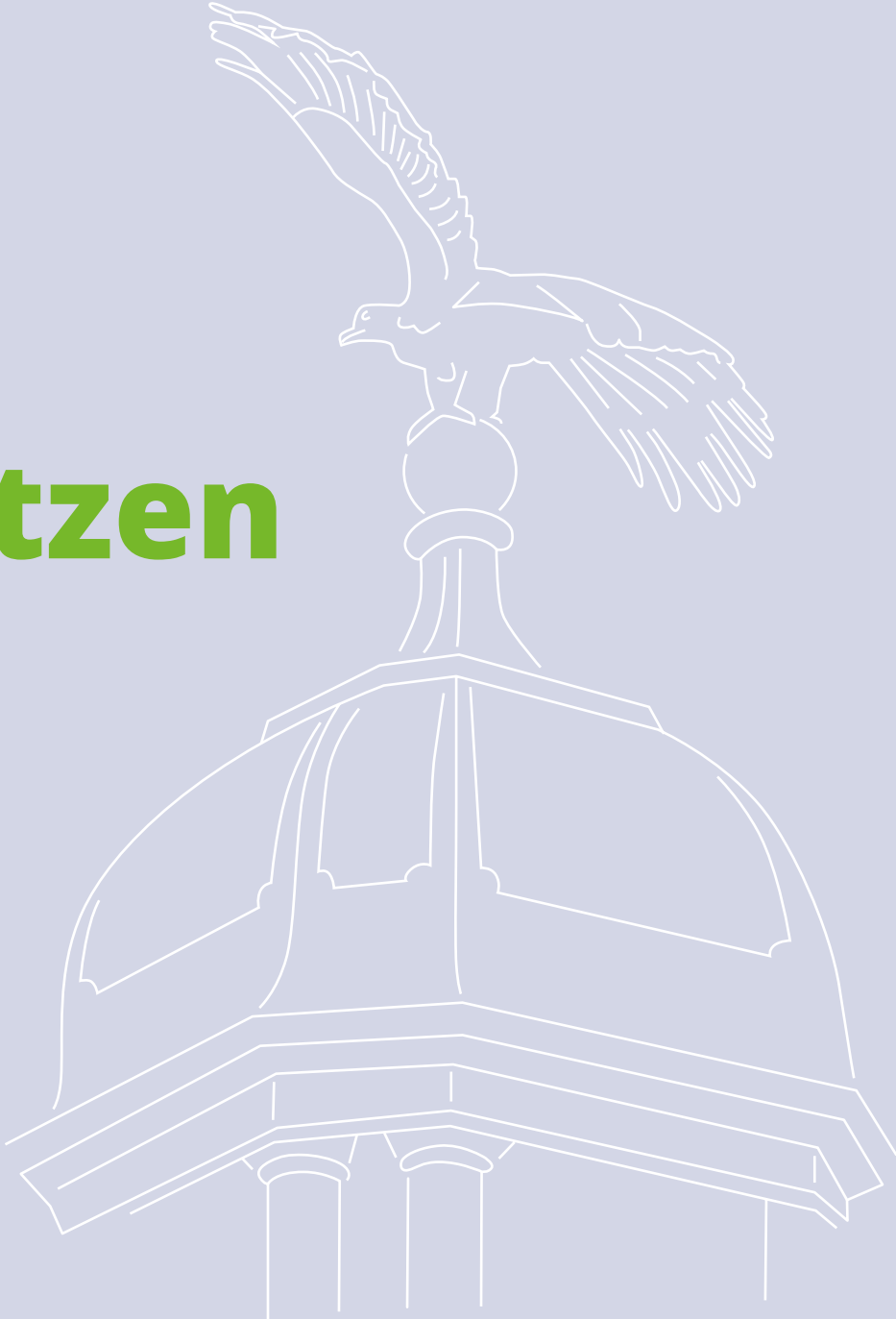
Inhalt

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	4
Die Region	6
Was wir sind	8
Alles aus einer Hand	9
Im Dialog mit der Region	10
Austauschformate	11
Eine Verwaltung mit Wirkung	12
Wir ermöglichen, wir steuern, wir schützen	13
Regionalplanung	14
Infrastruktur	15
Wirtschaft	16
Stadt und Land	17
Interview Städtebauförderung	18
Heimat	20
Denkmal	21
Kultur und Sport	22
Schule	24
Gesundheit	26
Kommunalaufsicht	27
Interview Unterbringung von Geflüchteten	28
Arbeitsschutz	30
Luftaufsicht	32
Gefahrenabwehr	33
Interview Kampfmittelbeseitigungsdienst	34
Umwelt	36
Wasser	37
Stimmen aus dem Team	38
Organigramm	40
Wo wir arbeiten	42
Geschichte und Verantwortung	44
Gleichstellung und Vielfalt leben	46
Gemeinsam etwas bewegen	47
Kontakt	48

Wir ermöglichen

Wir steuern

Wir schützen



Die Region

Verantwortung für 5,2 Millionen Menschen

Zwischen Rhein und Ruhr liegt eine der bedeutendsten Regionen des Landes. Auf einer Fläche von rund 5.300 Quadratkilometern vereint sie wirtschaftliche Stärke, kulturelle Vielfalt und unterschiedliche Lebensräume.

Hier leben rund 5,2 Millionen Menschen. Der Regierungsbezirk Düsseldorf ist damit der einwohnerstärkste und am dichtesten besiedelte Regierungsbezirk Deutschlands. Hier treffen Städte und ländliche Räume, verschiedene kulturelle Hintergründe und Lebensweisen aufeinander. All das prägt den Charakter der Region und macht sie zu einem Ort mit vielen Facetten.

Entlang des Rheins liegen bedeutende Wirtschafts- und Verkehrsräume, während das Ruhrgebiet für den Strukturwandel von der Industrie hin zu neuen Dienstleistungs- und Technologiestandorten steht.

Daran schließen die landwirtschaftlich geprägten Räume des Niederrheins und die enge wirtschaftliche und kulturelle Verbindung über die niederländische Grenze hinweg an. Im Bergischen Land treffen eine lange Tradition der Metallverarbeitung, der Werkzeug- und Schneidwarenindustrie sowie charakteristische Fachwerkarchitektur aufeinander.

Regierungsbezirk Düsseldorf im Überblick

Nordrhein-Westfalen (NRW) ist in fünf Regierungsbezirke gegliedert, für die jeweils eine Bezirksregierung zuständig ist. Das Gebiet des Regierungsbezirks Düsseldorf erstreckt sich vom Niederrhein und der niederländischen Grenze über das Ruhrgebiet bis ins Bergische Land. Prägend für diese Region sind ihre großen Flüsse Rhein und Ruhr.

Kreise und kreisfreie Städte

Der Regierungsbezirk Düsseldorf besteht aus fünf Kreisen mit insgesamt 56 kreisangehörigen Kommunen. Hinzu kommen zehn kreisfreie Städte. Kreisfreie Städte erfüllen ihre kommunalen Aufgaben selbst, während Kreise übergreifende Zuständigkeiten für mehrere Städte und Gemeinden wahrnehmen. So entsteht eine Struktur, die lokale Besonderheiten berücksichtigt und regionale Zusammenarbeit ermöglicht.



Binnenhafen Duisburg



Was wir sind

Die Bezirksregierung als Landesmittelbehörde

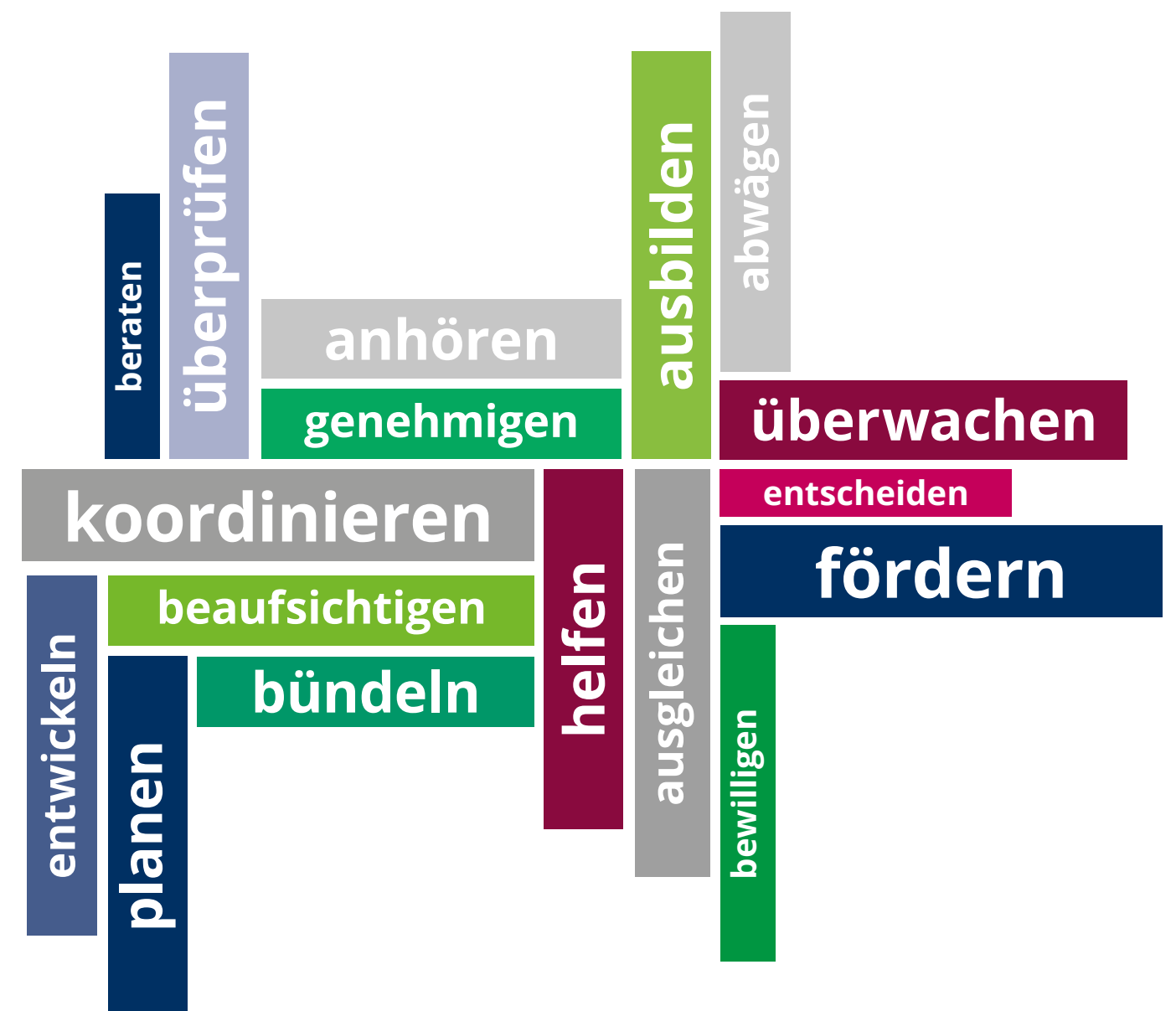
Als Landesmittelbehörde sind wir dem Ministerium des Innern des Landes NRW unterstellt. Wir sind Schnittstelle zwischen Landesministerien und Kommunen. Das bedeutet: Wir setzen landespolitische Vorgaben um und berücksichtigen zugleich die Interessen der Kommunen im Regierungsbezirk. Auf diese Weise übernehmen wir eine zentrale Rolle in der Steuerung und Koordinierung staatlichen Handelns. Dabei sind wir nicht nur organisatorisches Bindeglied, sondern auch Anlaufstelle für Abstimmungen, Beratung und die Umsetzung gemeinsamer Ziele in unserer Region.

Was ist eine Bündelungsbehörde?

Unter einem Dach vereinen wir als sogenannte Bündelungsbehörde zahlreiche staatliche Aufgaben. Unterschiedliche Themen der Landesministerien – etwa aus Bildung, Gesundheit, Umwelt oder Wirtschaft – werden hier zusammengeführt und bearbeitet. Diese Bündelung sorgt dafür, dass Entscheidungen verlässlich umgesetzt werden und unsere Region handlungsfähig bleibt.



Alles aus einer Hand



Durch die Zusammenfassung der verschiedenen Zweige innerer Administration sollte die einzelne Aufgabe zwar mit Sorgfalt beachtet und gepflegt werden, aber auch in steter Übereinstimmung zum Wohle des Ganzen.

Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein, 1808



Themenfelder

- Planen und Bauen
- Verkehr
- Kommunales und Wirtschaft
- Schule und Bildung
- Gesundheit und Soziales
- Arbeitsschutz
- Ordnung und Sicherheit
- Umwelt und Natur



Im Dialog mit der Region

Wir stehen für eine transparente, nahbare und dialogorientierte Verwaltung. Gemeinsam mit Kommunen, Verbänden, Vereinen, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren regionalen Akteuren greifen wir Herausforderungen auf, entwickeln Lösungen und stärken die Zusammenarbeit.

Dazu gehören auch unsere regelmäßigen Besuche in den kreisangehörigen Kommunen. Dabei kommen wir direkt vor Ort ins Gespräch und erhalten Einblicke in aktuelle Themen. Mit unterschiedlichen Veranstaltungs- und Beteiligungsformaten fördern wir darüber hinaus den fachlichen Austausch und die Vernetzung im Regierungsbezirk.



IHK-Sommerempfang

Austauschformate

BR_D Dialog

Der BR_D Dialog ist eine Veranstaltungs- und Diskussionsreihe der Bezirksregierung Düsseldorf. Sie bringt regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammen, um aktuelle Themen und Herausforderungen der Region aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und die regionale Vernetzung zu stärken.



Hauptverwaltungsbeamten-Konferenz (HVB)

Als regelmäßiges Abstimmungsformat bietet die HVB-Konferenz Raum für den Dialog zwischen der Bezirksregierung Düsseldorf und den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, Landrätinnen und Landräten sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Regierungsbezirks. Im Mittelpunkt stehen die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen sowie aktuelle Themen wie Mobilität, kommunale Finanzen und Katastrophenschutz.

Parlamentarischer Austausch

Beim Parlamentarischen Austausch trifft sich die Bezirksregierung Düsseldorf mit den Mitgliedern des Bundestages und des nordrhein-westfälischen Landtags aus dem Regierungsbezirk. Die Fachabteilungen der Bezirksregierung geben einen kompakten Überblick über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben aus ihren jeweiligen Aufgabenbereichen. Darüber hinaus werden Themen aufgegriffen, die die Städte und Kreise im Regierungsbezirk aktuell beschäftigen – beispielsweise Schulentwicklung, Hochwasserschutz oder Krankenhausplanung.

Netzwerktreffen Wirtschaft

Die regelmäßigen Treffen mit den Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammer dienen dem gemeinsamen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Im Fokus stehen unter anderem die allgemeine Wirtschaftslage, die finanzielle Situation der Kommunen sowie Themen wie Schule und Ausbildungsmarkt, Verkehrsinfrastruktur, die Metropolregion Rheinland und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Diese Formate sind dabei nur Beispiele für die vielfältigen Möglichkeiten des Austauschs und der Zusammenarbeit, die je nach Thema und Zielgruppe auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden.

So findet auch auf Arbeitsebene ein regelmäßiger fachlicher Austausch statt. Dazu gehören beispielsweise Dienstbesprechungen und Fortbildungen, die die Abstimmung zwischen der Bezirksregierung, den Kommunen und weiteren Partnern stärken.



Eine Verwaltung mit Wirkung

Als moderne Landesbehörde übernimmt die Bezirksregierung Düsseldorf Verantwortung für zentrale Zukunftsthemen, aktuelle Herausforderungen und wichtige Aufgaben des öffentlichen Lebens. Wir ermöglichen regionale Entwicklungen, indem wir Verfahren begleiten, Genehmigungen erteilen und Förderungen umsetzen.

Wir steuern staatliches Handeln durch Koordination und Planung und sorgen so für verlässliche Abläufe in zentralen Bereichen

des gesellschaftlichen Lebens. Nicht zuletzt sorgen wir durch die konsequente Anwendung und Durchsetzung von Recht und Standards für Sicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen.

Rund 2.400 Mitarbeitende sind im Auftrag der Bezirksregierung Düsseldorf tagtäglich für unsere Region im Einsatz. Sie arbeiten in über 30 Dezernaten, sowohl in Düsseldorf als auch in Außenstellen im gesamten Regierungsbezirk. Was sie verbindet, ist ein gemeinsames Ziel: unsere Region weiterzuentwickeln und lebenswert zu gestalten.



Wir ermöglichen



Ob Wirtschaft, Regionalplanung, Kultur oder Sport: Wir schaffen die Grundlagen für eine zukunftsfähige regionale Entwicklung. Wir unterstützen wirtschaftliche Vorhaben in Städten und ländlichen Räumen, setzen mit der Regionalplanung den räumlichen Rahmen und fördern kulturelle sowie sportliche Angebote. Damit eröffnen wir neue Perspektiven für Wachstum und Innovation und ermöglichen attraktive Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen im Regierungsbezirk.



Schulen, Krankenhäuser und Kommunen übernehmen täglich vielfältige Aufgaben in unserer Region. Wir steuern diese gesellschaftlichen Prozesse im Hintergrund. Wir begleiten internationale Bildungs- und Austauschprogramme, lenken die medizinische Versorgung in Krankenhäusern und genehmigen kommunale Haushalte. So stellen wir sicher, dass öffentliche Leistungen verlässlich funktionieren und Ressourcen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Wir steuern



Wir schützen

Sicherheit ist eine grundlegende Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben in der Region. Um dies zu gewährleisten, sorgen wir für die Einhaltung von Umwelt- und Sicherheitsstandards. Wir überwachen Gewässer und die Abwasserentsorgung, koordinieren die zivile Alarmplanung und kontrollieren Sicherheitsvorschriften in Betrieben. So schützen wir Menschen, Natur und Infrastruktur.

Regional- planung



Wo können neue Wohngebiete entstehen? Welche Flächen eignen sich für Unternehmen oder Windenergie und wie lassen sich Natur, Landwirtschaft und Erholung dauerhaft sichern? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Regionalplanung.

Sie schafft den Rahmen für die Entwicklung unserer Region, lange bevor vor Ort gebaut wird. Unterschiedliche Interessen von Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Energieversorgung, Landwirtschaft und Naturschutz werden hier aufeinander abgestimmt. So wird festgelegt, wo sich Siedlungen weiterentwickeln können, welche Flächen für Gewerbe oder Infrastruktur vorgesehen sind und welche Landschaften und Freiräume dauerhaft erhalten bleiben. Konkret unterstützt die Regionalplanung den Ausbau erneuerbarer Energien, begleitet den Strukturwandel im Rheinischen Revier, ermöglicht neue Gewerbestandorte und trägt dazu bei, wertvolle Natur- und Erholungsräume zu sichern.

Als politisches Gremium ist der Regionalrat Träger der Regionalplanung. Er setzt Impulse und entscheidet über die Aufstellung und Änderung des Regionalplans.



<https://url.nrw/reg>



Radschnellweg Mülheim an der Ruhr

Auf dem Weg zur Arbeit, beim Telefonieren von unterwegs oder bei der Nutzung digitaler Angebote: Infrastruktur prägt unser Leben. Sie ermöglicht Mobilität, sichert die Versorgung und verbindet Menschen miteinander. Damit diese Strukturen zuverlässig funktionieren, braucht es sorgfältige Planung und rechtssichere Verfahren.

Wir ermöglichen zentrale Infrastrukturvorhaben in unserer Region wie den Aus- und Neubau von Straßen, Schienen- und Radwegen sowie große Energieinfrastrukturprojekte. Dabei führen wir Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren durch, bringen unterschiedliche Interessen zusammen und schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung wichtiger Vorhaben.

Auch die digitale Infrastruktur steht im Fokus unserer Arbeit. Mit der Geschäftsstelle Gigabit.NRW unterstützen wir den Ausbau leistungsfähiger Glasfasernetze, eine bessere Mobilfunkversorgung und die digitale Ausstattung von Schulen. So leisten wir einen Beitrag zu digitaler Teilhabe und einer zukunftsfähigen Region.

Mit unserer Arbeit stärken wir die Entwicklung moderner Infrastruktur und tragen dazu bei, dass die Menschen in unserer Region auch morgen gut verbunden bleiben.

Infrastruktur

Wirtschaft

Der Regierungsbezirk Düsseldorf zählt zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands. Damit dieser Standort auch künftig wettbewerbsfähig bleibt, begleiten wir sowohl kleine und mittlere Betriebe als auch große Unternehmen auf ihrem Weg von der Planung bis zur Umsetzung von Projektideen. Wir setzen uns für die Fachkräftesicherung ein und gestalten den Wandel in der Region aktiv mit. Dabei arbeiten wir eng mit Partnern aus der Wirtschaft zusammen, darunter der Handwerkskammer sowie den Industrie- und Handelskammern. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für sichere Arbeitsplätze, technologischen Fortschritt und eine hohe Lebensqualität für uns alle.

Viele Vorhaben, die unsere Region zukunftsfähig machen, werden erst durch Förderprogramme ermöglicht. Wir unterstützen Kommunen, Unternehmen und weitere Projektträger dabei, Fördermittel des Landes, des Bundes und der

Europäischen Union gezielt und gewinnbringend einzusetzen. Programme wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) oder die regionale Wirtschaftsförderung (GRW) stärken Innovationen, Investitionen und den Strukturwandel in der Region. Dazu gehört beispielsweise auch das 5-Standorte-Programm, mit dem der Wandel ehemaliger Kraftwerksstandorte begleitet und neue Perspektiven für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Beschäftigung eröffnet werden.

Damit aus guten Ideen erfolgreiche Projekte werden können, sind verlässliche Genehmigungsverfahren eine wichtige Voraussetzung. Wir genehmigen und überwachen Industrie- und Gewerbeanlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Dabei werden mögliche Auswirkungen auf Menschen und Umwelt, beispielsweise durch Lärm, Luftschadstoffe oder andere Emissionen, umfassend bewertet.

Die Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung und einem verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Ressourcen ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Region. Sie bildet die Grundlage für nachhaltiges Wachstum, sichere Arbeitsplätze, einen starken Wirtschaftsstandort und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

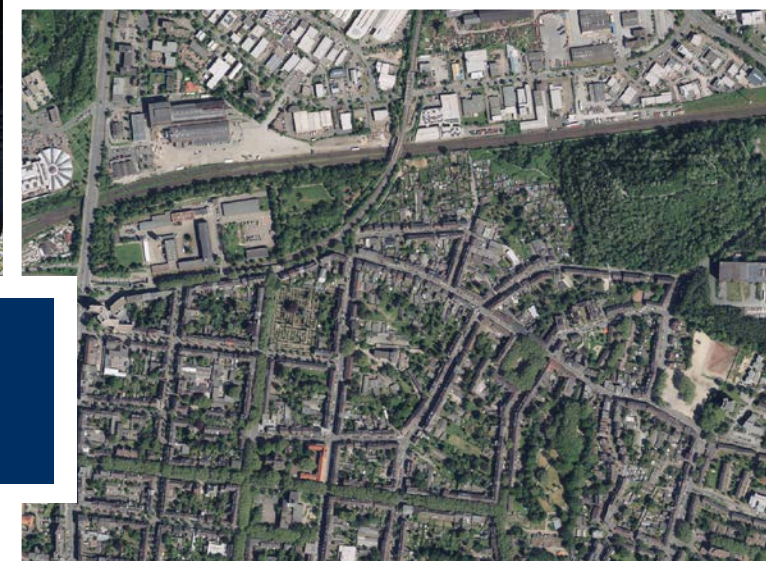
Gewerbegebiet Monheim



Schunk Ingenieurkeramik in Willich



Stadt und Land



Luftaufnahme Oberhausen

Wir gestalten die Entwicklung von Städten und Gemeinden in ganz unterschiedlichen räumlichen Zusammenhängen mit – von urbanen Zentren bis zu ländlich geprägten Regionen. So tragen wir dazu bei, gute Lebensbedingungen und zukunftsfähige Strukturen in der gesamten Region zu sichern.

Mit der Städtebauförderung unterstützen wir Städte und Gemeinden dabei, ihre Quartiere und Zentren nachhaltig weiterzuentwickeln. Ob die Neugestaltung eines Marktplatzes, die Aufwertung eines Stadtteilzentrums oder die Entwicklung ganzer Quartiere: Wir begleiten Projekte, die Städte und Dörfer lebenswerter machen.

Auch die Entwicklung ländlicher Räume gehört zu unseren Aufgaben. In Flurbereinigungsverfahren ordnen wir Grundstücke neu, bringen unterschiedliche Interessen zusammen und schaffen so die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen für Deichbau, Straßenplanung oder Naturschutzprojekte.

Mit Förderprogrammen stärken wir zudem ländlich geprägte Städte und Dörfer – etwa durch Dorfentwicklung, Wirtschaftswege und das Regionalentwicklungsprogramm LEADER, bei dem Kommunen gemeinsam zukunftsfähige Lösungen entwickeln.



Mehr als Architektur und Beton: Lebensräume

Attraktive Innenstädte und lebenswerte Quartiere entstehen durch gute Ideen, langfristige Planung und gezielte Förderung. Katrin Thöne gibt Einblicke in die Städtebauförderung und zeigt, wie ihre Arbeit Städte und Gemeinden nachhaltig verändert.

Frau Thöne, was sind die Aufgaben des Dezernats 35?

Neben den „klassischen“ Aufgaben wie der Bauaufsicht über die Städte und Gemeinden des Bezirks, den Denkmalangelegenheiten, den Förderprogrammen oder der Widerspruchsbearbeitung im Wohngeldbereich sind wir landesweit für die Marktüberwachung von EU-Bauprodukten zuständig. Nach der Hochwasserkatastrophe 2021 ist noch die Wiederaufbauhilfe hinzugekommen.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff Städtebauförderung?

Es handelt sich hierbei um ein Förderprogramm des Bundes und der Länder zur Unterstützung der Kommunen bei der Beseitigung städtebaulicher Missstände und der Gestaltung attraktiver und nachhaltiger Wohn- und Lebensräume.

Wann merkt man, dass Städtebauförderung „funktioniert“?

Konkrete Signale und spürbare Effekte im Alltag der Menschen sind belebte Straßen und weniger Leerstand: Es entstehen neue Außengastronomieangebote, Geschäfte, Cafés und Ateliers, und Menschen halten sich wieder gerne auf Plätzen auf. Die Bewohnerinnen und Bewohner identifizieren sich mehr mit dem Quartier – Vandalismus und Verschmutzung gehen zurück. Ein aktives Gemeinschaftsleben entwickelt sich durch generationenübergreifende Aktionen wie Nachbarschaftsfeste und Stadtteilforen.

In den Wirtschafts- und Strukturdaten zeigen sich Erfolge beispielsweise durch Folgeinvestitionen. Staatliche Investitionen motivieren Private, ihre Häuser und Fassaden zu sanieren. Junge Familien und Fachkräfte ziehen gezielt in das aufgewertete Quartier und sorgen für eine stabile Demografie. Die Kriminalitätsraten sinken, da Angsträume durch bessere Beleuchtung, Einsehbarkeit und soziale Kontrolle verschwinden.



Können Sie ein Projekt nennen, das die Lebensqualität in einem Stadtteil besonders spürbar verbessert hat?

Mein „Lieblingsprojekt“ ist der Spielplatz am Hermannplatz in Düsseldorf-Flingern. Hier kommen Menschen aus einem Stadtteil zusammen, der früher vor besonderen sozialen Herausforderungen stand. Das ganze Quartier ist dadurch belebt worden. Es ist ein generationenübergreifender Nachbarschaftsplatz mit Spielgeräten für Kinder, Bücherschrank, Fahrradstation und Trinkwasserbrunnen entstanden.

Was überrascht Menschen häufig an der Arbeit im Bereich Städtebauförderung?

Dass unsere Arbeit weniger mit Architektur und Beton, sondern vielmehr mit Kommunikation zu tun hat. Ein Großteil der Arbeit besteht darin, zwischen verschiedenen Interessen zu vermitteln und Konflikte zu moderieren. Wenn Parkplätze für einen neuen Grünstreifen weichen sollen, prallen die Vorstellungen von Autofahrern, Umweltschützern und Einzelhändlern aufeinander.

Man wird schnell vom Stadtplaner zum „Verwaltungsexperten“: Um Fördermittel zu erhalten und korrekt abzurechnen, müssen von den Städten integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK) erstellt werden. Jedes geförderte Projekt erfordert eine exakte juristische und finanzielle Prüfung.

Unterschätzt wird auch der Zeithorizont: Von der ersten Idee über die Beantragung der Mittel und die Bürgerbeteiligung bis zum tatsächlichen Ergebnis vergehen oft fünf bis zehn Jahre.

Es herrscht außerdem oft die Vorstellung, dass der Staat komplette Projekte bezahlt. In der Realität ist die Städtebauförderung eher eine „Anschubfinanzierung“: Der Staat gibt einen Euro aus, und dieser eine Euro motiviert Private, Geld aus der eigenen Tasche zu investieren.

Wenn Ergebnisse sichtbar werden, entsteht eine hohe Zufriedenheit. Während man in vielen Berufen digitale Produkte schafft, kann man hier durch Viertel gehen, an deren Entwicklung man maßgeblich mitgewirkt hat.

Wie können sich Bürgerinnen und Bürger bei Projekten einbringen?

Durch Bürgerbeteiligung und Wettbewerbe bei der Entwicklung neuer Projekte. Bürgerinnen und Bürger können hier ihre Ideen vorstellen oder über Vorschläge abstimmen. So werden Transparenz geschaffen und die Akzeptanz von Vorhaben in der Bevölkerung erhöht.

Wie verändert sich Stadtentwicklung durch Themen wie Klima- und Strukturwandel oder neue Anforderungen an Innenstädte?

Der Klimawandel führt zu einer erhöhten Belastung der Städte, was eine nachhaltige Planung und Gestaltung erforderlich macht. Der Strukturwandel bringt neue Anforderungen an Wohnraum,

Förderprogramme der Städtebauförderung



Lebendige Zentren

Modernisierung von Einkaufsstraßen, Fußgängerzonen und öffentlichen Plätzen, um den Handel zu stärken und Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Sozialer Zusammenhalt

Förderung von Nachbarschaftstreffs, Quartiersmanagement sowie Bildungs- und Gesundheitsprojekten, um die Lebensbedingungen in strukturschwachen Gebieten zu verbessern und soziale Integration zu sichern.

Wachstum und nachhaltige Erneuerung

Wiederbelebung von Brachflächen, Wohnumfeldbegrenzung und energetische Sanierung von Gebäuden, um Quartiere klimaresilient zu machen.

die sich durch das Alter der Bevölkerung und die Lebensstile ändern.

Innenstädte erfordern eine vielseitige Entwicklung, die neue Wohnangebote, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Co-Working-Spaces umfasst.

Die künftige Stadtentwicklung basiert nicht nur auf traditionellen Planungspraktiken, sondern auch auf der Integration neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Anforderungen.

Spielplatz am Hermannplatz – Düsseldorf-Flingern



Heimat

Gemeinschaft wächst dort, wo Menschen Verantwortung für ihre Region übernehmen. Ihr Engagement in Vereinen, Initiativen, Kommunen oder im Ehrenamt stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt dazu bei, Heimat vor Ort lebendig werden zu lassen. Dieses Engagement unterstützen wir mit verschiedenen Förderprogrammen des Landes.

Im Rahmen der Initiative „Starke Heimat Nordrhein-Westfalen“ setzt die Bezirksregierung Düsseldorf Förderprogramme im Regierungsbezirk um. Wir beraten Antragstellende, prüfen ihre Anträge und entscheiden über die Förderung von Projekten, die lokale Identität, kulturelles Erbe und gesellschaftliches Miteinander stärken.

Heimat zeigt sich dabei nicht nur in historischen Orten, Traditionen oder kulturellen Angeboten, sondern auch im täglichen Miteinander der Menschen. Gefördert werden Projekte, die den Zusammenhalt vor Ort stärken und sich für Menschen einsetzen sowie die Erlebarmachung von Heimatgeschichte im Zusammenhang mit lokalen und regionalen Inhalten ermöglichen. Ein Beispiel ist die Fahrradroute „Joseph Beuys & Gerd Ludwig – Kontakt mit Landschaft“.



Archäologischer Park Xanten



Sieben Aufsteller entlang einer Fahrradroute zeigen Fotografien des renommierten Fotografen Gerd Ludwig, die Joseph Beuys 1978 in seiner niederrheinischen Heimat, der Düffelt, darstellen. Landschaftsmotive wie Kolke, Deiche, Weiden und Alleen verbinden Kunst, Natur und regionale Geschichte. Begleitend fanden geführte Radtouren mit Besuchen im Arenacum und im Museum Kurhaus Kleve statt.

Mit den verschiedenen Förderinstrumenten unterstützt das Land unterschiedliche Formen dieses Engagements. Der Heimat-Scheck bietet Vereinen, Initiativen und Organisationen die Möglichkeit, kleinere Projekte unkompliziert umzusetzen. Dazu gehören Ausstellungen, Veranstaltungen oder Publikationen, die Menschen für die Geschichte und Besonderheiten ihrer Heimat begeistern. Das Heimat-Zeugnis unterstützt größere Vorhaben, die regionale Geschichte, Traditionen und identitätsstiftende Besonderheiten dauerhaft sichtbar und erlebbar machen. Dazu zählen beispielsweise die Aufarbeitung historischer Orte, die Weiterentwicklung von Museen und Archiven oder die Gestaltung bedeutender Bauwerke und Plätze als Orte der Begegnung und des Lernens. Ergänzt wird das Förderangebot durch den Heimat-Preis, die Heimat-Werkstatt und den Heimat-Fonds, die ehrenamtliches Engagement würdigen, den Austausch fördern und Bürgerprojekte unterstützen.



Fachwerkhaus Solingen



Kapelle Ziegelheide Kempen



Denkmal

Unser Region verfügt über ein vielseitiges kulturelles Erbe: historische Gebäude, besondere Bauwerke und bedeutende Kulturlandschaften. Sie erzählen Geschichten, prägen die Identität einer Region und machen Vergangenheit erlebbar. Denkmalschutz bedeutet, diese Orte zu bewahren und für kommende Generationen zu erhalten.

Im Denkmalschutz übernehmen wir unterschiedliche Aufgaben. Als Obere Denkmalbehörde beraten und beaufsichtigen wir die Unteren Denkmalbehörden der kreisfreien Städte. Für Denkmäler, die dem Land oder dem Bund gehören oder von ihnen genutzt werden, sowie für bestimmte historische Kirchengebäude, für deren Erhalt besondere staatliche Verpflichtungen bestehen, werden wir selbst als Untere Denkmalbehörde tätig. Wir prüfen Vorhaben und begleiten Baumaßnahmen, damit bedeutende historische Bauwerke erhalten bleiben.

So wie beispielsweise das UNESCO-Welterbe Zeche und Kokerei Zollverein in Essen. Dieses Denkmal steht wie kein anderes für die industrielle Geschichte des Ruhrgebiets und den Wandel einer



ganzen Region. Die erhaltenen Anlagen machen die Geschichte des Bergbaus sichtbar und verbinden heute Kultur, Bildung und neue Nutzungen.

Denkmalschutz bewahrt aber nicht nur große Wahrzeichen, sondern auch kleinere Bauwerke mit lokaler Bedeutung. Die Kapelle Ziegelheide in Kempen zeigt, wie solche Denkmäler die Geschichte eines Ortes erzählen und seine Identität prägen. Ihre Sanierung haben wir mit Fördermitteln des Landes unterstützt.

Denkmalschutz verbindet Vergangenheit und Zukunft. Er erhält Orte, die unsere Geschichte sichtbar machen, und sorgt dafür, dass sie auch morgen Teil unseres Lebens bleiben.

Kultur und Sport

Eine lebendige Region braucht Orte und Angebote, die Menschen zusammenbringen. Kulturelle Projekte und sportliche Aktivitäten ermöglichen Begegnungen, fördern Teilhabe und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie eröffnen neue Perspektiven, regen den Austausch an und bereichern das Miteinander.

Wir beraten Antragstellende, prüfen die Fördervoraussetzungen und sorgen dafür, dass Fördermittel transparent und rechtssicher vergeben werden.

In der Kulturförderung begleiten wir Projekte, die Kreativität sichtbar machen und den öffentlichen Raum beleben. Ein Beispiel dafür ist die Street-Art Route Ruhrgebiet, die urbane Räume künstlerisch gestaltet und neue Zugänge zu Kunst eröffnet.

Auch im Sport ermöglichen wir vielfältige Vorhaben – von der Modernisierung von Sportstätten bis zur Durchführung regionaler, nationaler und internationaler Sportveranstaltungen. Der „Cup der Vielfalt – Inklusionsspiele in Kerken“ zeigt beispielhaft, wie Sport Menschen verbindet und Inklusion selbstverständlich gelebt werden kann.



Tischtennis Düsseldorf



Regattabahn Duisburg
Foto links: Graffiti-Wandbild in Duisburg des Wiener Street-Art-Künstlers „Jakob der Bruder“

Cup der Vielfalt – Kerken



Schule

Ob Grund- oder Förderschule, weiterführende, allgemeinbildende Schule oder Berufskolleg: Wir begleiten die Schulen im Regierungsbezirk Düsseldorf in ihrer täglichen Arbeit und bei der Weiterentwicklung ihrer Bildungsangebote. Als Obere Schulaufsichtsbehörde tragen wir dazu bei, den Bildungsauftrag zu erfüllen.

Je nach Schulform arbeiten wir unmittelbar mit den Schulen oder in enger Abstimmung mit den staatlichen Schulämtern (untere Schulaufsicht) in den Kreisen und kreisfreien Städten unseres Bezirks zusammen, für deren fachliche Aufsicht wir zuständig sind. Wir beraten Schulleitungen, Schulträger und Lehrkräfte, steuern die Unterrichtsversorgung und verantworten die Personalangelegenheiten der Lehrkräfte – von der Einstellung über Versetzungen und Beförderungen bis zum Ruhestand. Zudem koordinieren wir schulfachliche und organisatorische Fragen auf regionaler Ebene und setzen landesweite Vorgaben um.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Qualitätsentwicklung. Gemeinsam mit Schulen, Schulträgern und weiteren Partnern arbeiten

wir daran, Unterricht und Schule kontinuierlich weiterzuentwickeln. Wir beraten unter anderem zu Inklusion, digitalem Lernen und individueller Förderung und begleiten die Einführung neuer pädagogischer Konzepte.

Internationale Erfahrungen eröffnen neue Perspektiven und fördern das Verständnis für andere Kulturen und Lebensweisen. Deshalb unterstützen wir Schulen beim Aufbau internationaler Partnerschaften, koordinieren Förder- und Austauschprogramme und begleiten Projekte von der Planung bis zur Umsetzung.

Ein Beispiel dafür sind die Euregio-Profileschulen in unserem Bezirk. Sie bieten die Möglichkeit, Niederländisch zu lernen, vermitteln Kenntnisse über die deutsch-niederländische Grenzregion und arbeiten mit Partnerschulen in den Niederlanden zusammen. Gemeinsame Unterrichtsprojekte, Begegnungen, Exkursionen und digitale Kooperationen vertiefen die Sprachkenntnisse und stärken die interkulturellen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Wir wirken an der Zertifizierung mit und beraten die Schulen bei der Weiterentwicklung ihres Euregio-Profiles.



Schule in Zahlen

• Schulen im Regierungsbezirk
ca. 1.500

• Schülerinnen und Schüler
ca. 725.000

• Lehrkräfte und pädagogisches Personal
ca. 63.500



Damit medizinische Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird, müssen viele Voraussetzungen erfüllt sein. Wir schaffen und sichern die Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung in unserer Region.

Eine wichtige Grundlage sind gut ausgebildete Fachkräfte. Das bei uns angesiedelte Landesprüfungsamt organisiert landesweit die staatlichen Prüfungen für angehende Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Es erkennt Studien- und Prüfungsleistungen an und erteilt nach erfolgreichem Abschluss die Approbation – die staatliche Erlaubnis zur Ausübung des jeweiligen Berufs.

Auch Hebammen und Pflegekräfte begleiten wir auf ihrem Weg in die berufliche Praxis.

Ebenso wichtig wie gut ausgebildete Fachkräfte ist eine bedarfsgerechte Krankenhauslandschaft. Das Land gibt mit dem Krankenhausplan den Rahmen vor. Wie diese Vorgaben im Regierungsbezirk umgesetzt werden, stimmen wir mit Krankenhausträgern, Krankenkassen und Kommunen ab. Dabei legen wir fest, welche medizinischen Leistungen die einzelnen Krankenhäuser anbieten. Außerdem zahlen wir Pauschalfördermittel für Gebäude und Ausstattung aus und nehmen die Krankenhausaufsicht wahr – von der Prüfung von Beschwerden bis zu Kontrollen vor Ort.

Darüber hinaus spielt auch die Qualität medizinischer und pharmazeutischer Produkte eine entscheidende Rolle. Wir überwachen ihre Herstellung, Qualität sowie Sicherheit und kontrollieren die Einhaltung der nationalen und europäischen Vorgaben.

So tragen wir dazu bei, dass die Gesundheitsversorgung in unserer Region verlässlich, sicher und zukunftsfähig bleibt.

Gesundheit



Marien Hospital Düsseldorf

Kommunal- aufsicht

Kommunen gestalten den Alltag der Menschen maßgeblich mit – etwa in den Bereichen Bildung, Mobilität, Kultur und Freizeit. Damit sie ihre vielfältigen Aufgaben dauerhaft erfüllen können, brauchen sie verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Handlungsspielräume.

Städte, Gemeinden und Kreise entscheiden viele Angelegenheiten eigenverantwortlich. Wir unterstützen sie bei kommunalrechtlichen Fragen und tragen dazu bei, dass Entscheidungen und Verfahren rechtssicher gestaltet werden. Als Kommunalaufsichtsbehörde begleiten wir die Arbeit der Kreise und kreisfreien Städte, klären übergreifende Fragen und tragen zu einer einheitlichen Rechtsanwendung im Regierungsbezirk bei.

Zu unseren Aufgaben gehört beispielsweise die Prüfung kommunaler Entscheidungsprozesse, etwa im Zusammenspiel von Räten, Kreistagen und Ausschüssen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern sowie Landrätinnen und Landräten. Dabei prüfen wir auch Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern. Darüber hinaus begleiten wir die Kommunen aufsichtlich bei ihrem wirtschaftlichen Handeln und nehmen dienstaufsichtliche Aufgaben wahr.

Als weiteren Schwerpunkt prüft unsere Kommunalaufsicht die kommunalen Haushaltssatzungen sowie die dazugehörigen Haushaltspläne und entscheidet über erforderliche Genehmigungen. Kommunen in einer angespannten Haushaltslage begleiten wir bei der Entwicklung und Umsetzung von Haushaltssicherungskonzepten, mit deren Hilfe die Kommunen ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit wiederherstellen können. Hierzu zählt insbesondere auch die Förderung wichtiger kommunaler Infrastrukturprojekte.

Ein Weg für Kommunen, die Effizienz und Effektivität ihres Handelns zu steigern und zugleich ein hohes Versorgungsniveau in den Regionen zu gewährleisten, ist die interkommunale Zusammenarbeit. Wir genehmigen öffentlich-rechtliche Vereinbarungen und fördern mit Zuwendungen Kooperationsprojekte zwischen Kommunen.

Durch Aufsicht, Beratung und Koordination tragen wir dazu bei, dass die Kommunen ihre Aufgaben rechtssicher erfüllen, finanziell handlungsfähig bleiben und öffentliche Mittel wirkungsvoll einsetzen können.

Rathaus Dormagen



© Michael Hotopp/Stadt Dormagen

Man muss sich als Team begreifen, an einem Strang ziehen.



Die Bezirksregierung Düsseldorf betreibt im Regierungsbezirk derzeit 15 Einrichtungen mit rund 10.000 Unterbringungsplätzen für geflüchtete Menschen. Hier leben Personen, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, bevor sie einer Kommune zugewiesen werden. Andreas Stomps hat als Leitung einer solchen Einrichtung jahrelange Erfahrung.

Das Dezernat 20 der Bezirksregierung ist zuständig für Geflüchtete. Was bedeutet das?

Das Dezernat wurde infolge der Migrationskrise 2015 geschaffen. Seine Mitarbeitenden sind für alle geflüchteten Menschen in den Landeseinrichtungen im Regierungsbezirk Düsseldorf zuständig. Sie sorgen für ausreichend Plätze, angemessene Räume und die Betreuung der Bewohnerschaft während der Asylverfahren.

Was sind die Aufgaben einer Einrichtungsleitung?

Wir kümmern uns um den Betrieb. Die Einrichtungsleitung muss alle Dienstleister unter einen Hut bekommen: Betreuung, Sicherheit, Gesundheit, Reinigung, Verpflegung und Haustechnik. Wir halten Kontakt zu Kommunen, Ausländerbehörden, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Gesundheitsamt oder auch der Polizei – und sorgen dafür, dass behördliche Schreiben unsere Bewohnerinnen und Bewohner erreichen.

Wer bestimmt, wer in welche Einrichtung kommt?

Für NRW übernimmt die Bezirksregierung Arnsberg die Verteilung der geflüchteten Menschen auf die fünf Regierungsbezirke. Wir haben getrennte Wohnbereiche für alleinreisende Männer, alleinreisende Frauen und für Familien. Manchmal äußern Geflüchtete Wünsche, um in die Nähe von Verwandten zu kommen, und natürlich werden gesundheitliche Einschränkungen, die besondere medizinische Versorgung oder Barrierefreiheit verlangen, berücksichtigt.

Dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Zimmer frei wählen?

Nein. Der Betreuungsdienst entscheidet, wer welches Zimmer bekommt. Religion, Ethnie und Sprache spielen dabei natürlich eine große Rolle.

Apropos Herkunft: Wie verständigen Sie sich?

Englisch, Französisch, Türkisch oder Arabisch sind oft kein Problem, weil wir selbst, die Betreuerinnen und Betreuer und manchmal auch das Sicherheitspersonal übersetzen können. Wenn es Verständigungsprobleme gibt, nutzen wir auch mal eine Übersetzungssapp.

Nach welchen Kriterien werden Landesunterkünfte geschaffen?

Immobilien- oder Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer bieten der Bezirksregierung Liegenschaften an, manchmal melden sich auch Kommunen. Entscheidend sind Verfügbarkeit, Gebäudegröße und Kosten. Kleine Einrichtungen sind zwar wünschenswert, aber für das Land nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Wie groß ist die Einrichtung?

500 Menschen können wir aufnehmen, das ist eine angenehme Größe. Im Notfall sind schnell 150 Plätze zusätzlich verfügbar. So kann das Land flexibel reagieren und muss nicht unter hohem Zeitdruck neue Einrichtungen schaffen, wenn in einer Krise mehr Geflüchtete kommen als erwartet.

Wie sieht der Alltag in den Landesunterkünften aus?

Für uns? Du weißt morgens nicht, was der Tag bringt und wann du nach Hause kommst. Für die Bewohnerinnen und Bewohner? Für die Kinder gibt es das schulnahe Bildungsangebot, getrennt nach Primar- und Sekundarbereich. Es ist enorm, wie schnell sie lernen und echte Fortschritte machen. Für die Erwachsenen gibt es Erstorientierungskurse, die Alltagskompetenzen, Kultur und Sprache vermitteln. Treffpunkte sind das Männer- und das Frauencafé, der Fitnessraum oder die Kinderspieltube. Musik- und Kunstangebote sind ebenso beliebt wie die zweimal wöchentliche Trainingseinheit für Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Trainingsplatz des benachbarten Sportvereins.

Wie lange bleiben die Bewohnerinnen und Bewohner in einer Landeseinrichtung?

Familien sollen nicht länger als sechs Monate, Alleinreisende höchstens 18 Monate in einer Unterbringungseinrichtung leben. Nach dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) sollen sich diese Zeiten insbesondere für Familien verkürzen. Ziel ist es, die Menschen erst nach Abschluss ihres Asylverfahrens einer Kommune zuzuweisen, aber die Verfahrensdauer ist schwer kalkulierbar.

Gibt es Kontakte zur Nachbarschaft und zur Kommune?

Die gibt es, wenn auch unterschiedlich intensiv.

Der Betreuungsdienst pflegt den Kontakt zu Menschen und Initiativen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. In vielen Kommunen gibt es zudem eine Art Runden Tisch, an dem alle Beteiligten – Bezirksregierung, Stadt, Politik, Polizei – zusammenkommen. Hier können Probleme angesprochen und Lösungen gesucht werden.

Gibt es häufig Konflikte?

Natürlich gibt es bei uns manchmal Streit. Man muss sich bewusst sein, dass die Menschen, die in den Landeseinrichtungen leben, ganz anders sozialisiert sind und unterschiedliche Lebenserfahrungen haben. Die Menschen kommen von überall her, große Gruppen aus der Türkei, Syrien, Afghanistan. Wir haben hier alle Gesellschaftsschichten unter einem Dach. Da ist es umso wichtiger, Regeln aufzustellen. Im Alltag ist das oft eine Gratwanderung: Was lasse ich zu und wo ziehe ich rote Linien? Sind Konflikte schwer zu lösen, ist das letzte Mittel die räumliche Trennung der Konfliktparteien und die Verlegung in eine andere Einrichtung.

Welche Qualifikationen braucht eine Einrichtungsleitung?

Verbindlichkeit und Konsequenz sind wichtig, vor allem aber Menschlichkeit. Wir wollen den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht das Gefühl geben, sie würden verwaltet. Mein Ansatz ist: „Wir sind hier Nachbarinnen und Nachbarn auf Zeit, denn auch ich wohne zu einem Gutteil meiner Zeit hier. Wir müssen miteinander auskommen“.

Sommerfest Geflüchtetenunterkunft Remscheid



Arbeitsschutz

Wenn beim Musikfestival Parookaville am Airport Weeze Zehntausende Menschen feiern, richtet sich unser Blick auf Bereiche, die für die meisten Besucherinnen und Besucher unsichtbar bleiben: Arbeitsplätze an Food-Trucks, Verkehrswege, Lärmbelastung, Gasinstallationen oder den sicheren Einsatz von Pyrotechnik. Und wenn hinter den Kulissen zahlreiche Beschäftigte dafür sorgen, dass Bühnen entstehen, Technik funktioniert und das Festival reibungslos abläuft, achten wir als staatliche Arbeitsschutzbehörde darauf, dass Sicherheit und Gesundheitsschutz auch dort gewährleistet sind.

Doch nicht nur bei Großveranstaltungen sind wir im Einsatz. In der Industrie, im Handwerk, im Handel, in der Verwaltung und weiteren Bereichen des Arbeitslebens überwachen unsere Fachleute die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften, begleiten Genehmigungs- und Anzeigeverfahren und beraten Unternehmen sowie Beschäftigte zu Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes. Unsere Kontrollen reichen vom sicheren Betrieb von Maschinen und technischen Anlagen über den Umgang mit Gefahrstoffen bis hin zur Einhaltung der Vorschriften zu Arbeitszeit, Mutter- und Jugendarbeitsschutz.

Darüber hinaus schützen wir in Bereichen wie Produkt- und Chemikaliensicherheit, bei Sprengstoffen oder im Strahlenschutz auch die Allgemeinheit.

So tragen wir dazu bei, dass Beschäftigte in den unterschiedlichsten Branchen sicher und gesund arbeiten können.



Abfalltransportkontrolle in Kooperation mit der Autobahnpolizei
Foto links: Überwachung Pyrotechnik – Parookaville Festival Weeze



Flughafen Düsseldorf



Wer sorgt dafür, dass Flugzeuge sicher starten und landen können? Wer stellt sicher, dass auch Drohnen regelkonform im Luftraum bewegt werden?

Als Landesluftfahrtbehörde für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln überwachen wir den Flugbetrieb und sorgen dafür, dass die geltenden Anforderungen eingehalten werden. Unsere Arbeit findet dort statt, wo Luftverkehr täglich passiert: an den großen Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Weeze sowie an kleinen Verkehrs- oder Sonderlandeplätzen. Wir prüfen die technischen Voraussetzungen von Luftfahrzeugen, kontrollieren die Lizenzen von Pilotinnen und Piloten und überwachen sicherheitsrelevante Abläufe an Flughäfen. Dazu gehört am Flughafen Weeze auch die Verantwortung und Aufsicht über die Fluggast- und Gepäckkontrollen. Auch für die Beschäftigten in den Sicherheitsbereichen der Flughäfen sind wir zuständig. Wir führen Zuverlässigkeitsüberprüfungen durch und prüfen und zertifizieren Sicherheitspersonal fachlich.

Dabei behalten wir nicht nur den klassischen Flugverkehr im Blick. Wir kontrollieren auch den Einsatz von Drohnen, Ballonen und Modellflugzeugen und prüfen, ob Bauwerke, Windenergieanlagen oder Kräne den Luftverkehr beeinträchtigen könnten.

Drohne der Luftaufsicht



Luftaufsicht

Ein schweres Unwetter zieht auf, ein Großbrand breitet sich aus, Hochwasser bedroht Menschen oder bei Bauarbeiten wird eine Weltkriegsbombe entdeckt. In solchen Situationen müssen alle Beteiligten schnell und abgestimmt handeln. Damit das gelingt, schaffen wir bereits im Vorfeld die notwendigen Strukturen.

Im Bevölkerungsschutz bündeln wir zentrale Aufgaben in den Bereichen Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und zivil-militärische Zusammenarbeit. Wir unterstützen die Kommunen, stimmen Maßnahmen ab und sorgen dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren, Hilfsorganisationen sowie dem Technischen Hilfswerk und der Bundeswehr auch bei größeren Schadensereignissen funktioniert.

Eine wichtige Rolle übernimmt dabei der Krisenstab der Bezirksregierung Düsseldorf. Er führt Informationen zusammen, bewertet die Lage und lenkt das Zusammenwirken der beteiligten Stellen. Bei der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 unterstützte er beispielsweise die überörtliche Koordination der Hilfsmaßnahmen.

Zu unseren Aufgaben gehört außerdem die zivile Alarmplanung. Gemeinsam mit den zuständigen Stellen bereiten wir Abläufe für außergewöhnliche Lagen vor und berücksichtigen dabei auch kritische Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Wasser und Verkehr.



Die Kampfmittelbeseitigung ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Gefahrenabwehr. Durch die Untersuchung von Verdachtsflächen und die Beseitigung von Blindgängern aus den Weltkriegen schaffen unsere Expertinnen und Experten Sicherheit für Bevölkerung und Bauvorhaben.

Eine Besonderheit ist unsere landesweite Zuständigkeit für Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in der Hafensicherheit. Hier arbeiten wir auf Basis internationaler und europäischer Vorgaben sowie aufgrund landesrechtlicher Regelungen gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren im Hafen zusammen. Aufgabe ist die Gefahrenprävention.

Durch Planung, Vorsorge und enge Zusammenarbeit schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Menschen auch in außergewöhnlichen Lagen bestmöglich geschützt werden.

Gefahrenabwehr

Krisenstab in der Bezirksregierung Düsseldorf



Einsatzfahrzeug Katastrophenschutz

// Es ist eine Aufgabe, bei der man etwas wirklich Gutes tut.



Rolf Vogelbacher ist Dezernent im Dezernat 22 – Kampfmittelbeseitigung – der Bezirksregierung Düsseldorf. Er ist Fachvorgesetzter der Mitarbeitenden im Außendienst.

Wer arbeitet beim Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) Rheinland der Bezirksregierung Düsseldorf?

Die Mitarbeitenden des operativen Bereichs – also diejenigen, die man bei Bombenentschärfungen in der Zeitung oder im Fernsehen sieht – bringen ganz unterschiedliche Vorerfahrungen mit, meist im handwerklichen Bereich. „Sprengmeister“ ist kein klassischer Ausbildungsberuf. Die Mitarbeitenden sammeln bei der Bezirksregierung mehrere Jahre Berufserfahrung als Helfer bei Einsätzen, qualifizieren sich über interne Fortbildungen und externe sprengstoffrechtliche Lehrgänge und erwerben so das notwendige Wissen.

Inzwischen haben wir aber auch „Sprengmeister“ eingestellt, die ihr Fachwissen bei der Bundeswehr oder einer gewerblichen Kampfmittelbeseitigungsfirma erworben haben.

Wie läuft ein Einsatz ab – von der Meldung bis zur Entschärfung?

Es gibt Zufallsfunde, wenn beispielsweise ein Baggerführer bei Bauarbeiten auf einen verdächtigen Metallgegenstand stößt. Dann wird der KBD über die kommunale Ordnungsbehörde – beispielsweise Ordnungsamt oder Feuerwehr – informiert und fährt raus. Es gibt aber auch Verdachtspunkte aufgrund einer Luftbildauswertung, die gezielt untersucht werden. Diese Einsätze sind natürlich planbarer. In beiden Fällen identifizieren unsere Spezialisten Kampfmittel und Zünder und entscheiden, ob vor Ort entschärft werden muss oder ob das Kampfmittel transportfähig ist und sicher abtransportiert werden kann.

Wo ist der KBD besonders häufig im Einsatz?

Die Mitarbeitenden sind hauptsächlich mit Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Der KBD Rheinland ist für die Entschärfung dieser Funde in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln zuständig. Die Alliierten haben mit den Bombardements überwiegend die Infrastruktur angegriffen, wie die Industrie im Ruhrgebiet, Verkehrswege und alle größeren Städte. Kampfmittel geben aber auch Hinweise auf Orte, die mit Bodentruppen besonders umkämpft waren. Die liegen überwiegend linksrheinisch, beispielsweise im Hürtgenwald oder am Niederrhein und in Rheinnähe dort, wo die Rheinübergänge durch Bodenkämpfe erzwungen wurden.

Funde aus diesen Kampfhandlungen, wie Artilleriegranaten, gibt es deutlich häufiger als Bombenfunde. Medien berichten jedoch meist über Bombenfunde in Städten, da dort die Betroffenheit der Bevölkerung größer ist, wenn aufgrund einer Entschärfung Menschen evakuiert werden müssen.

Wann findet eine kontrollierte Sprengung statt und wann eine andere Form der Entschärfung?

Es kommt immer auf das Kampfmittel und die Situation vor Ort an. Blindgänger mit sogenannten Aufschlagzündern können häufig vor Ort entschärft werden, indem unser Truppführer den Zünder mechanisch entfernt. Der Zustand von chemischen Langzeitzündern hingegen ist nach der langen Zeit im Erdreich und aufgrund der Konstruktion unberechenbar. Blindgänger mit diesen Zündern werden meist direkt kontrolliert gesprengt.

Wie bereiten sich die Kampfmittelräumer mental auf eine Bombenentschärfung vor?

In der täglichen Arbeit sind Fachkunde, Erfahrung, Konzentrationsfähigkeit und eine gewisse Gelassenheit gefragt. Da unterscheidet sich diese Aufgabe nicht von den Anforderungen in vielen anderen Berufen. Trotzdem sind die Herausforderungen bei einem Blindgängerfund natürlich außergewöhnlich: Die Mitarbeitenden im Außendienst sind sich der Gefahr sehr bewusst, die ein Einsatz mit sich bringen kann, aber sie ist für sie berechenbar.

Das Team des KBD bei einem Großeinsatz in Köln



Was motiviert die KBDler?

Die Teams können nie sicher sein, was in ihrer Schicht auf sie zukommt und ob sie pünktlich Feierabend haben werden. Das ist sicherlich eine Belastung, aber auch ein großer Reiz ihrer spannenden und abwechslungsreichen Aufgabe. Darüber hinaus machen sie das Rheinland mit jedem beseitigten Kampfmittel ein bisschen sicherer und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass gefahrlos gebaut werden kann. Es ist eine Aufgabe, bei der man etwas wirklich Gutes tut.

Wie hat sich der Beruf im Kampfmittelbeseitigungsdienst seit seinen Anfängen bis heute verändert?

Die Technik, um Kampfmittel vor Baumaßnahmen im Boden zu finden, hat sich verbessert. Sowohl in der Luftbildauswertung als auch in der Detektion gibt es bessere Verfahren. Im Umgang mit den Kampfmitteln hat sich nicht sonderlich viel geändert. Entschärfungsverfahren, die wir heute nutzen, wurden bereits vor Jahrzehnten entwickelt.

Was sollten Bürgerinnen und Bürger tun, wenn sie einen verdächtigen Gegenstand entdecken?

Wenn jemand vermutet, ein Kampfmittel entdeckt zu haben, sollte man es unter keinen Umständen berühren, stattdessen die Stelle sichern, Feuerwehr oder Polizei benachrichtigen und vor Ort bleiben, um den Helfern die Fundstelle zu zeigen. Solche Funde gibt es immer wieder, beim Spaziergang am Rheinufer ebenso wie beim Umgraben eines Ackers.

Zahlen 2025

- Geborgene Kampfmittel
5.737
- Anzahl Luftbildauswertungen
16.579
- Größe der überprüften Verdachtsflächen
10,2 Mio. m²



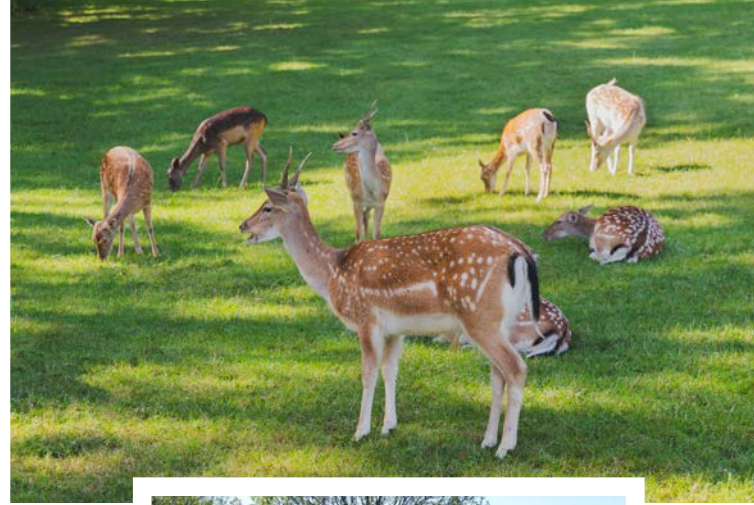
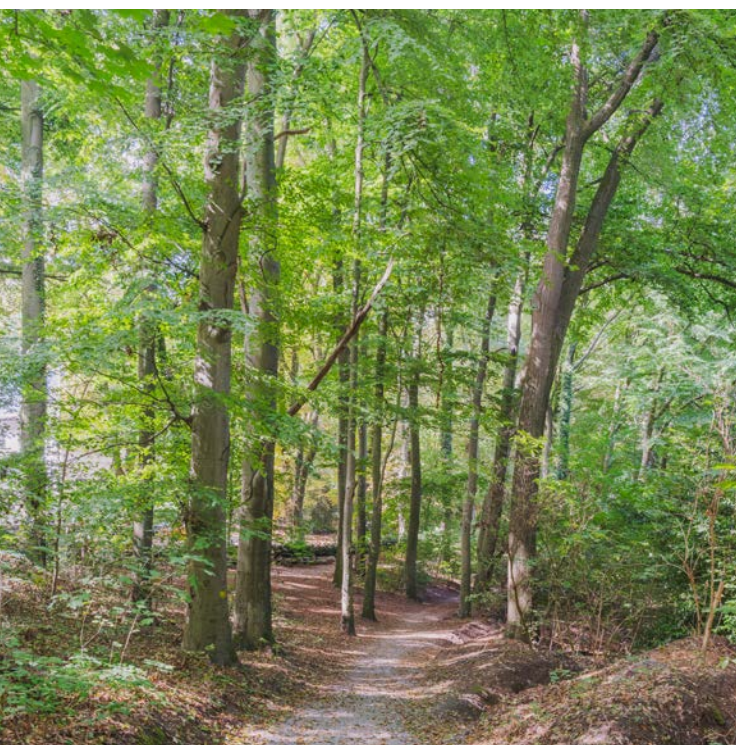
Umwelt

Saubere Luft, intakte Gewässer und gesunde Böden sind die Grundlage einer lebenswerten Umwelt. Deshalb schützen wir Natur und Landschaft, sichern wertvolle Lebensräume und fördern die biologische Vielfalt. Gemeinsam mit Kommunen und weiteren Fachbehörden entwickeln und betreuen wir Schutzgebiete und setzen uns für den Erhalt heimischer Tier- und Pflanzenarten ein.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Schutz unserer natürlichen Ressourcen. Wir überwachen Abfallbehandlungsanlagen und Deponien, sorgen für eine umweltgerechte Kreislaufwirtschaft und begleiten die Sanierung belasteter Böden.

Mit der Genehmigung und Überwachung zahlreicher Industrie- und Gewerbeanlagen sorgen wir dafür, dass gesetzliche Vorgaben zum Schutz der Umwelt eingehalten werden. Dazu zählen unter anderem Anforderungen an Luftreinhaltung, Lärm- und Emissionsschutz. Bei erhöhten Luftschadstoffbelastungen entwickeln wir gemeinsam mit den Kommunen Luftreinhaltepläne und begleiten geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität.

Grafenberger Wald Düsseldorf



Kopfweide am Niederrhein

Der Klimawandel stellt unsere Region vor große Herausforderungen. Wir unterstützen Kommunen dabei, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen und natürliche Ressourcen auch für kommende Generationen zu erhalten.

So leisten wir jeden Tag einen Beitrag dazu, unsere Umwelt zu schützen und die natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen dauerhaft zu bewahren.

Umweltfakten

- 394 Naturschutzgebiete
- 691 Landschaftsschutzgebiete
- 76 Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiete
- 2 Vogelschutzgebiete
- 10 Biologische Stationen
- Fläche aller Gebiete: 300.000 ha
- Deponien: 45
- Abfallbehandlungsanlagen: 315



Wasser

Gewässer sind Lebensräume für Tiere und Pflanzen, sichern die Trinkwasserversorgung und ermöglichen vielfältige Nutzungen. Diese unterschiedlichen Anforderungen mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen in Einklang zu bringen, gehört zu unseren zentralen Aufgaben.

Als Obere Wasserbehörde prüfen und genehmigen wir Vorhaben, die Gewässer oder Grundwasser betreffen. Wir überwachen Eingriffe und achten darauf, dass ökologische Funktionen erhalten bleiben und wasserrechtliche Anforderungen eingehalten werden.

An der Ruhr unterhalten wir wasserbauliche Anlagen, begleiten ökologische Verbesserungen an Fluss und Ufern und treffen Maßnahmen für einen sicheren Wasserabfluss. Damit verbinden wir den Schutz des Lebensraums mit den unterschiedlichen Nutzungen des Gewässers.

Für die Hochwasservorsorge überwachen wir Schutzanlagen wie die Deiche an Rhein, Lippe, Emscher und Ruhr. Darüber hinaus begleiten wir weitere Schutzmaßnahmen, bewilligen finanzielle Förderungen und setzen gesetzliche Überschwemmungsgebiete per Rechtsverordnung fest.

Zum Schutz der Gewässerqualität kontrollieren wir den Umgang mit Abwasser und gefährlichen Stoffen sowie industrielle Anlagen, von denen Auswirkungen auf Gewässer ausgehen können. Einleitungen dürfen nur unter klar festgelegten Bedingungen erfolgen.

Mit diesen Maßnahmen tragen wir dazu bei, die Gewässer und Wasserressourcen unserer Region verantwortungsvoll zu nutzen, vor schädlichen Einwirkungen zu schützen und langfristig zu erhalten.

Mintarder Aue an der Ruhr – Mülheim/Essen-Kettwig



Eschbachtalsperre Remscheid



Stimmen aus dem Team

„Die Auswirkungen des Klimawandels sind heute schon deutlich spürbar. Deswegen müssen wir jetzt aktiv werden für den Ausbau erneuerbarer Energien, die Transformation der Wirtschaft und eine widerstandsfähige Infrastruktur. Mit unserer Arbeit schaffen wir heute die Grundlage dafür, dass Menschen in der Region auch morgen sicher und gesund leben können.“

Astrid Rövekamp – Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung



„Mit dem Ausbau des ÖPNV und der angestrebten Verkehrswende stellen wir uns neuen Aufgaben. Komplexe Technologien und Herausforderungen wie z.B. KI-gestützte Sicherheitstechnik, Cyber-Sicherheit oder Assistenzsysteme müssen sicher eingeführt werden. Wir sorgen dafür, dass die technischen Systeme in unserer Region sicher und zuverlässig sind, damit die Menschen ihnen vertrauen können.“

Pascal Hanke – Verkehr, Energieleitungen



„Der Krisenstab kommt immer dann zum Einsatz, wenn unser Regierungsbezirk vor besonderen Herausforderungen steht, etwa bei Naturereignissen, großen Schadenslagen oder anderen Krisen. Wir vernetzen Behörden, Kommunen und Einsatzkräfte, damit Hilfe schnell, verlässlich und zielgerichtet dort ankommt, wo sie gebraucht wird. In einer Krise sind wir die Ersten, die kommen, und die Letzten, die gehen – immer bereit, wenn die Region uns braucht.“

Frank Haller – Krisenstab



„Wir sorgen für die reibungslose Organisation der Sitzungen des Regionalrates und seiner Gremien und unterstützen die Mitglieder bei ihren Anliegen. Der Regionalrat gestaltet die Entwicklung unserer Region aktiv mit, etwa bei den Themen Wohnen, Arbeit oder Verkehr. So verbessern wir die Lebensqualität und Versorgungssicherheit nachhaltig.“

Oliver Stein – Geschäftsstelle Regionalrat



„Unsere Städte, Gebäude und Denkmäler prägen nicht nur unsere Region, sondern sind unser Zuhause. Wir fördern und überwachen das Bauwesen, damit Lebensqualität für alle entsteht.“

Konstantin Hochrebe – Wohnungswesen



„Wir sorgen dafür, dass Umweltstandards eingehalten werden, genehmigen und überwachen umweltrelevante Anlagen und stehen Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen zu Umweltbelastungen zur Seite. In Zeiten wachsender ökologischer Herausforderungen leisten wir damit einen wichtigen Beitrag für Umwelt, Gesundheit und die Zukunft der Menschen in dieser Region.“

Eileen Weckermann – Immissionsschutz



„Im allgemeinen Schulrecht stehen wir mit Erziehungsberechtigten, Schulleitungen sowie dem Ministerium für Schule und Bildung in Kontakt und tragen zur Klärung schulrechtlicher Angelegenheiten bei. Dazu zählen zum Beispiel die Befreiung und Beurlaubung vom Unterricht, das Ruhen der Schulpflicht, die Amtshaftung bei Lehrkräften oder Fragen zum Urheberrecht und Datenschutz.“

Caroline Stecher – Schulrecht und Schulverwaltung

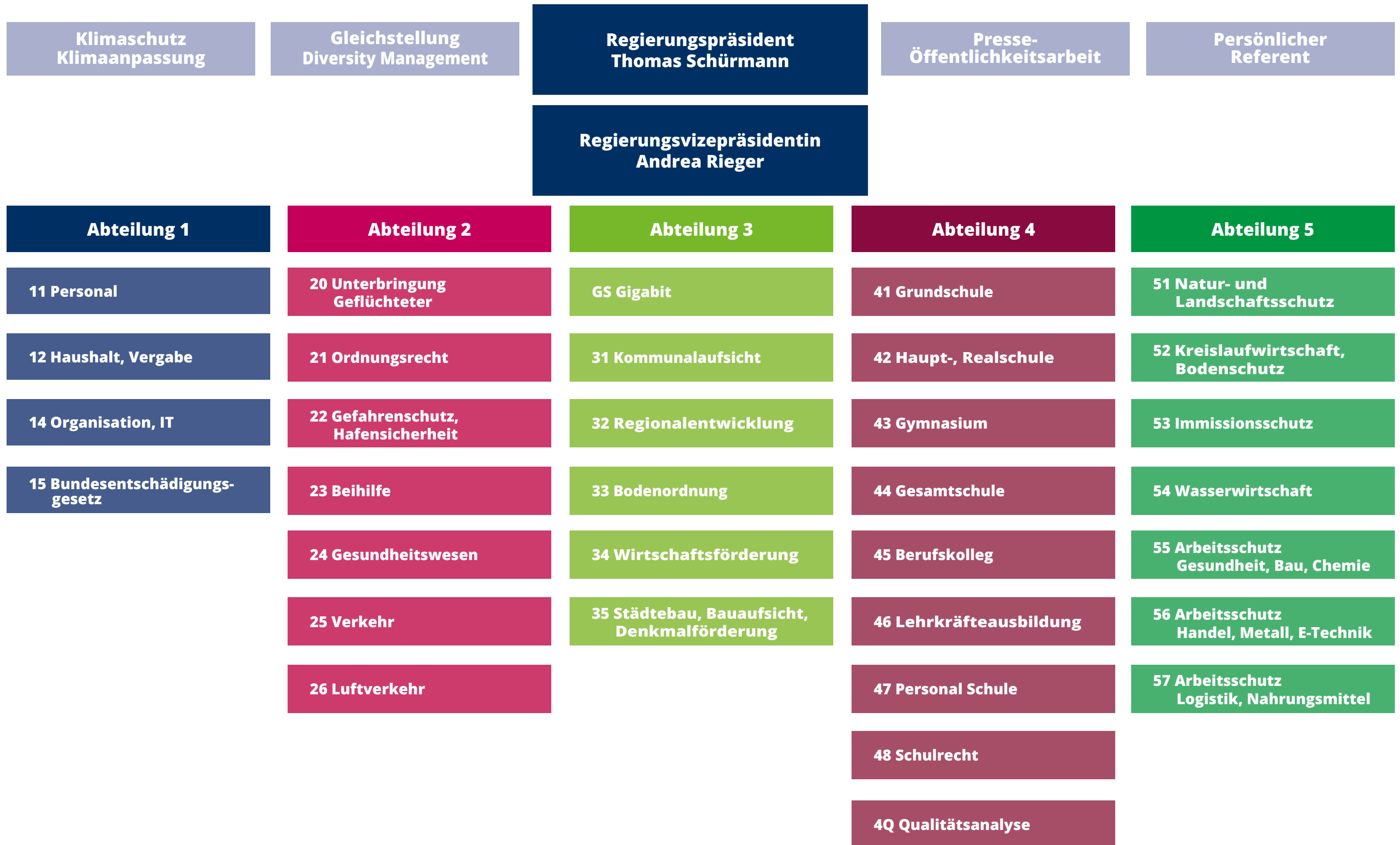


„Das Grüne Telefon ist die zentrale Anlaufstelle in NRW für Fragen rund um Umwelt- und Tierschutz. Bürgerinnen und Bürger erhalten hier schnell, unkompliziert und zuverlässig Unterstützung. Wir helfen dabei, Anliegen aufzuklären und an die richtige Ansprechperson zu vermitteln.“

Christian Sustrath – Umweltschutz



Organigramm



Wo wir arbeiten



Hauptsitz der Bezirksregierung Düsseldorf an der Cecilienallee

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an über 40 Standorten im gesamten Regierungsbezirk vertreten und damit nah an den Menschen und den Themen vor Ort. Der historische Hauptsitz der Bezirksregierung Düsseldorf befindet sich in Düsseldorf-Pempelfort.

Geschichte des Gebäudes

Seit mehr als 100 Jahren prägt das Gebäude der Bezirksregierung das Bild am Rheinufer. Wer hier entlanggeht, begegnet einem Bauwerk, in dem Geschichte und Gegenwart unmittelbar aufeinandertreffen. Zwischen 1907 und 1911 errichtet, gehört es zu den markantesten Gebäuden seiner Zeit in Düsseldorf.



Sphinxen im Inneren des Gebäudes

Ursprünglich hatte die Königlich Preußische Regierung – die heutige Bezirksregierung Düsseldorf – ihren Sitz in der Altstadt an der Mühlenstraße. Doch schon bald genügten die dortigen Räumlichkeiten den Anforderungen einer wachsenden Verwaltung nicht mehr. So entstand der Plan für einen neuen Regierungssitz am Rhein, entworfen vom Architekten Traugott von Saltzwedel. Der Standort am Rheinufer stellte die Bauherren vor besondere Herausforderungen. Um das Gebäude im weichen Schwemmland stabil zu verankern, wurde es auf 1.172 Eisenbetonpfähle gesetzt, die bis zu einer tragfähigen Tiefe von elf Metern in die Erde reichen.

Der Umzug von der Altstadt in den repräsentativen Bau am Rhein spiegelte die wachsende Bedeutung des Regierungsbezirks wider: Symbolisch sollte die Stärke und Leistungsfähigkeit des preußischen Staates sichtbar werden.

Architektur – Wahrzeichen am Rhein

Der Stil des Neobarocks verleiht dem Gebäude eine fast palastartige Wirkung.

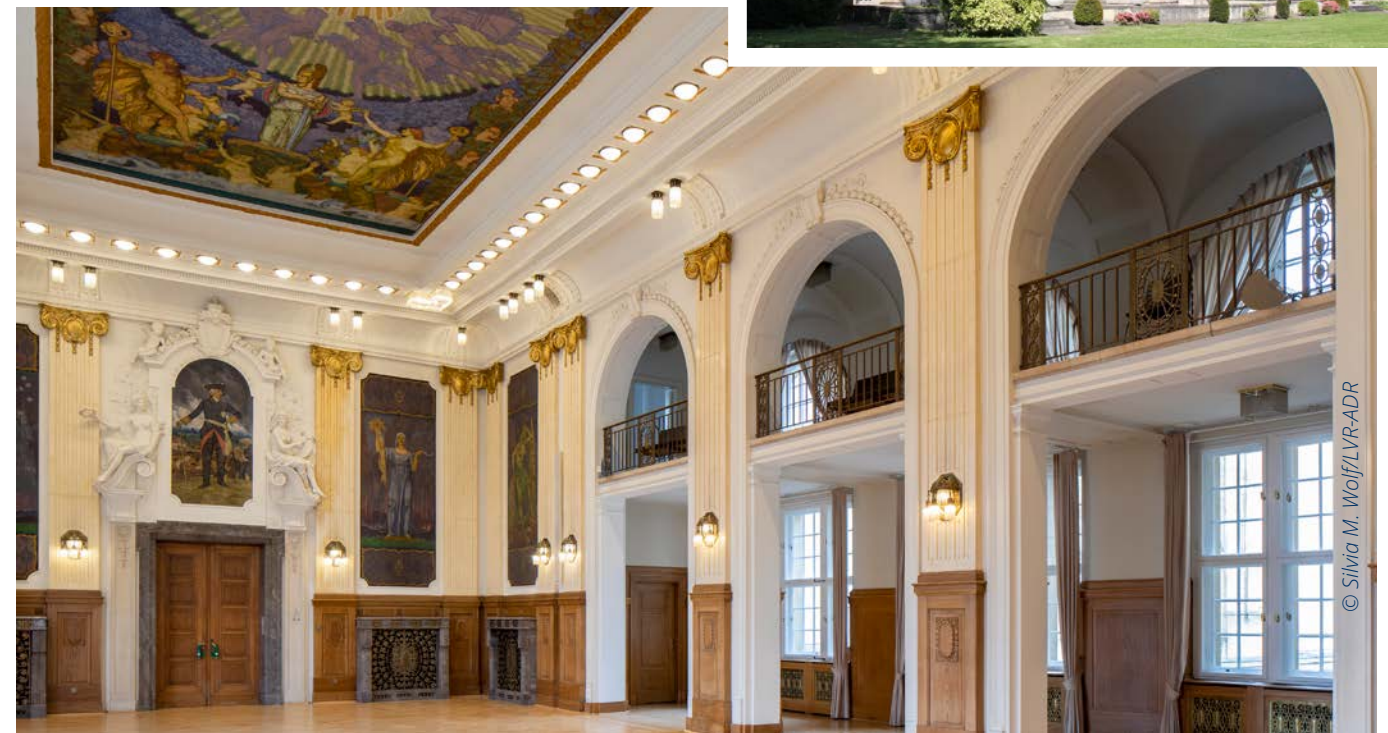
Die Anlage besteht aus sechs Gebäudeflügeln, die drei Innenhöfe umschließen. Besonders ins Auge fällt der mittlere Bauteil mit seinen sechs römisch-ionischen Säulen. Über allem erhebt sich das Mansarddach, bekrönt von einer offenen Laterne, auf der ein Adler aus Kupfer thront. Mit seiner über die Jahrzehnte entstandenen grünen Patina ist er ein Wahrzeichen des Gebäudes, das weit über das Rheinufer hinaus sichtbar ist.

Wer durch den Haupteingang ins Innere gelangt, betritt das beeindruckende Treppenhaus – den sogenannten Lichthof –, gestaltet nach Versailler Vorbild. Marmor, kunstvoll geschmiedete Geländer und detailliert gestaltete Bodenbeläge prägen den lichtdurchfluteten Eingangsbereich.

Schlösschen

Zu den besonderen Schmuckstücken des Hauses zählt das Schlösschen mit seinem angrenzenden Präsidentengarten. Über mehrere Etagen hinweg befanden sich hier bis in die 1970er-Jahre die Wohn- und Repräsentationsräume der Regierungspräsidenten. Heute dienen die Räumlichkeiten vor allem als Ort für Besprechungen und Veranstaltungen.

Plenarsaal mit Empore



© Silvia M. Wolff/LVR-ADR

Tag des offenen Denkmals



Zum bundesweiten Tag des offenen Denkmals öffnet die Bezirksregierung Düsseldorf ihre Türen. Besucherinnen und Besucher erhalten dann die seltene Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des historischen Regierungssitzes zu werfen, seine Architektur zu entdecken und seine bewegte Geschichte hautnah zu erleben.

Plenarsaal

Im Schlösschen befindet sich der Plenarsaal. Auf einer Fläche von 240 m² entfaltet er mit seinen charakteristischen Holzverkleidungen eine besondere Atmosphäre. Die großflächigen Wand- und Deckengemälde stammen von dem Düsseldorfer Künstler Adolf Münzer, der bereits vor der Fertigstellung des Gebäudes mit der Ausgestaltung des Raumes beauftragt wurde.

Präsidentengarten



Geschichte und Verantwortung

Historische Entwicklung

Staatliches Handeln entsteht immer im Kontext seiner Zeit. Auch die Bezirksregierung Düsseldorf ist Teil einer sich wandelnden Verwaltungsgeschichte. Heute versteht sie sich als moderne, demokratisch und rechtsstaatlich organisierte Behörde. Ihr heutiges Selbstverständnis lässt sich jedoch nur vor dem Hintergrund ihrer Geschichte verstehen.

Ihre Ursprünge reichen bis in das Jahr 1815 zurück, als der Regierungsbezirk Düsseldorf im Zuge preußischer Verwaltungsreformen eingerichtet wurde. Staatliches Handeln war damals streng hierarchisch organisiert: Entscheidungen wurden zentral getroffen und einheitlich umgesetzt. Demokratische Mitbestimmung spielte keine Rolle.

Diese Strukturen prägten die staatliche Organisation über viele Jahrzehnte hinweg und blieben auch im frühen 20. Jahrhundert in ihren Grundzügen bestehen. In der Folge wurden sie Teil tiefgreifender politischer Veränderungen.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurde auch die Verwaltung Teil des diktatorischen Systems. Im Zuge der sogenannten Gleichschaltung wurde das damalige Regierungspräsidium in die nationalsozialistische Staatsordnung eingebunden.

Ab März 1936 war die Gestapo im Gebäude der heutigen Bezirksregierung untergebracht. Damit wurde das Haus selbst zu einem Ort nationalsozialistischer Machtausübung.

Von hier aus wurden Überwachung, Verfolgung und Entrechtung politischer Gegnerinnen und Gegner sowie jüdischer Bürgerinnen und Bürger organisiert und angeordnet.

Besonders deutlich wird die Beteiligung des Regierungspräsidiums durch das 1935 eingerichtete „Judenreferat“, das systematisch Ausgrenzung, Enteignung und Deportation jüdischer Menschen vorbereitete und umsetzte. Die Verwaltung wurde damit Teil eines Systems staatlich organisierten Unrechts.

Hitlergruß im Plenarsaal



© Land NRW

Demokratische Entwicklung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann unter britischer Besatzung der Neuaufbau einer demokratischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Die Regierungspräsidien wurden als Landesmittelbehörden beibehalten, jedoch neu in eine demokratische und föderale Ordnung eingebettet. Ziel war es, sie stärker an den Bedürfnissen der Regionen auszurichten.

Dieser Wandel bedeutete einen institutionellen Neuanfang und zugleich einen Bruch mit der Vergangenheit.

Auch die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde Teil des behördlichen Handelns. Im Rahmen der sogenannten „Wiedergutmachung“ wurden ab 1945 Entschädigungsfragen für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung bearbeitet. Diese Aufgaben werden bis heute auf Grundlage des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) für ganz Nordrhein-Westfalen in der Bezirksregierung Düsseldorf wahrgenommen. Darüber hinaus ist die Behörde für die zentrale Erfassung der bundesweiten BEG-Verfahren in der Bundeszentalkartei zuständig.

Heutiges Selbstverständnis

Heute verstehen wir uns als moderne Verwaltung. Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist fester Bestandteil unseres Selbstverständnisses.

Aus diesem Verständnis leiten wir Verantwortung für Gegenwart und Zukunft ab. Wir sehen es als unsere Aufgabe, demokratische Werte aktiv zu schützen. Dazu gehört auch das aktive Engagement für gesellschaftliche Themen wie Gleichstellung und Vielfalt.



Regierungsgebäude an der Cecilienallee um 1930



<https://url.nrw/ges>

Gleichstellung und Vielfalt leben

Eine zeitgemäße und menschnahe Verwaltung entsteht dort, wo Strukturen fair sind und Menschen ihre Perspektiven einbringen können, unabhängig davon, wer sie sind, an wen sie glauben, wen sie lieben oder welchen Lebensweg sie mitbringen. Vielfalt verstehen wir deshalb als gesellschaftliche Realität und als unverzichtbaren Mehrwert für unsere Arbeit.

Gleichstellung ist für uns kein Zusatz, sondern Teil unserer Arbeitsqualität und Ausdruck einer wertschätzenden Behördenkultur. Sie steht für faire Chancen für alle Geschlechtsidentitäten sowie Respekt gegenüber der sexuellen Orientierung und den individuellen Lebensentwürfen – im Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Diversität im Arbeitsalltag

Mit unserem Bekenntnis zur Charta der Vielfalt setzen wir ein Zeichen für eine offene Arbeitskultur, in der Unterschiede respektiert und als Bereicherung verstanden werden.

Eine diversitätssensible Verwaltung bedeutet auch, Hindernisse für Teilhabe zu erkennen und abzubauen. Dazu zählen sichtbare und unsichtbare Barrieren, Diskriminierung, ungünstige Rahmenbedingungen für Care-Arbeit – etwa fehlende Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Verantwortung – sowie tradierte Rollenbilder.

Frauenversammlung

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März findet jährlich eine Frauenversammlung statt. Sie richtet sich an weibliche und weiblich gelesene Beschäftigte der Bezirksregierung Düsseldorf und bietet Raum für Austausch, Vernetzung sowie Impulse durch Vorträge zu Gleichstellungsthemen.



Einhorn statt Amtsschimmel

Bezirksregierung Düsseldorf

Unser Engagement für Vielfalt zeigt sich auch in der jährlichen Teilnahme am Christopher Street Day (CSD), bei dem Mitarbeitende der Bezirksregierung Düsseldorf gemeinsam für Diversität, Akzeptanz und Gleichberechtigung eintreten.

Verankert sind diese Themen auch organisatorisch: Ein Team für Gleichstellung, Diversity und Integration begleitet und gestaltet diese Aufgaben innerhalb der Bezirksregierung Düsseldorf aktiv mit.



<https://url.nrw/div>

Gemeinsam etwas bewegen

Unsere Aufgaben sind so vielfältig wie die Menschen, die sie übernehmen. Genau das macht uns als Behörde so besonders. Hier arbeiten Fachkräfte aus ganz unterschiedlichen Bereichen zusammen. Gute Arbeit entsteht dort, wo unterschiedliche Erfahrungen und Kompetenzen zusammenkommen.

Wir bieten moderne und verlässliche Arbeitsbedingungen: flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice-Möglichkeiten, moderne Arbeitsplätze, betriebliche Altersvorsorge und Angebote, die das Miteinander stärken.

Gesundheit und Unterstützung

Ein gesundes Arbeitsumfeld ist die Grundlage unserer Arbeit. Unser Betriebliches Gesundheitsmanagement unterstützt Mitarbeitende mit verschiedenen Angeboten rund um körperliche und mentale Gesundheit. Initiativen wie „Sicher im Dienst“ stärken zusätzlich das Bewusstsein für Sicherheit im Arbeitsalltag.

Auch in besonderen Lebenssituationen stehen wir unseren Mitarbeitenden zur Seite.

Ein psychosoziales Notfallmanagement und geschulte Ansprechpersonen bieten Unterstützung in belastenden Situationen. Mit der Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege fördern wir zudem die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege.

Weiterbildung

Unser Angebot an Weiterbildungen umfasst fachliche und rechtliche Schulungen sowie Trainings zu digitalen Arbeitsweisen, Kommunikation und Zusammenarbeit. Gemeinsam mit der Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern in Herne, IT.NRW und durch interne Qualifizierungsangebote schaffen wir die Grundlage für kontinuierliche fachliche und persönliche Entwicklung, damit lebenslanges Lernen gelingt.

Ausbildung

Eine Ausbildung bei uns bedeutet, mitgestalten statt nur zuschauen. Auszubildende und Studierende lernen die Landesverwaltung im Alltag kennen und wenden ihr Wissen direkt an.

Die Möglichkeiten sind vielfältig: von Vermessungstechnik, Wasserbau und Geomatik bis hin zu klassischen Ausbildungen und Studiengängen in der Verwaltung. Theorie und Praxis greifen dabei eng ineinander. Feste Ansprechpersonen, strukturierte Ausbildungspläne und ein engagiertes Ausbildungsteam begleiten den gesamten Weg. So gelingt der Einstieg in eine verantwortungsvolle Tätigkeit mit Perspektive.



<http://url.nrw/kar>

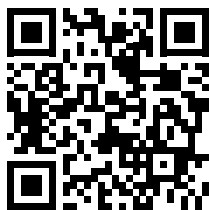
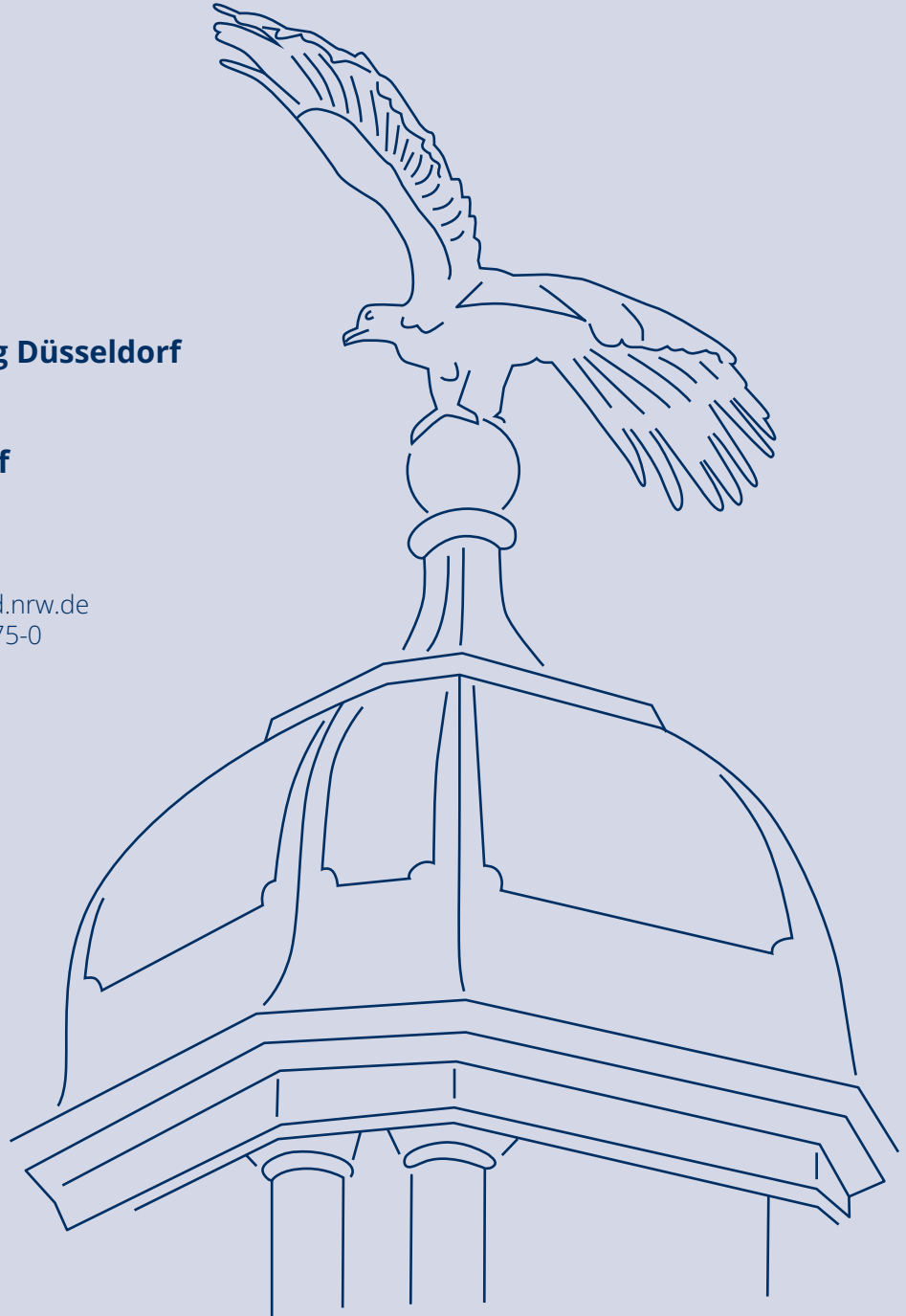


Bezirksregierung Düsseldorf

**Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf**

brd.nrw.de

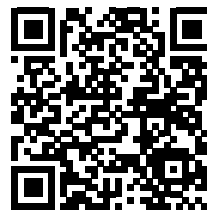
E-Mail: poststelle@brd.nrw.de
Telefon: +49 (0)211 475-0



Instagram



LinkedIn



WhatsApp